

Kurz vorm Kentern?

Unsere gesellschaftliche Konstitution und ihre Balance

Robert Kaltenbrunner und Peter Jakubowski

Es ist noch nicht so lange her, da kursierte hierzulande das Motto: Wir werden älter, wir werden bunter, wir werden weniger. Das hat sich indes nicht bewahrheitet. Denn weniger sind wir nicht geworden. Im Jahr 2024 leben gut 3 Mio. Menschen mehr als 2011 in Deutschland, was damals keine Bevölkerungsprognose vorausgesehen hat. Es ist auch heute nicht ausgemacht, dass die Einwohnerzahl in Deutschland weiter so stark wachsen wird, doch es ist alles andere als unwahrscheinlich. Grund genug, sich mit den Konsequenzen und Implikationen auseinanderzusetzen – auch auf gesellschaftskultureller Ebene.

Von Menschen und Zahlen

Zunächst einmal muss man zur Kenntnis nehmen, dass Bevölkerungsprognosen in der Regel auf Analysen der Vergangenheit fußen und insbesondere Wanderungen, Flucht und Asyl auslösende Krisen nicht vorausberechnen können. Noch 2015 gingen die Prognostiker unisono davon aus, dass im Jahr 2035 in Deutschland 78,25 Mio. Menschen leben würden. Doch nun ist die Situation – die globale ebenso wie die innerdeutsche und europäische – eine völlig andere.

Politisch relevant wird das Ganze dadurch, dass genau diese Abweichungen zwischen Prognose und tatsächlicher Entwicklung für die Bundes-, Landes- und die Kommunalpolitik, aber auch für die Menschen hierzulande von allergrößter Bedeutung sind. Die demografische Entwicklung ist schon länger aus den Elfenbeintürmen der Forschung in den Alltag der Menschen gerückt. Die Dynamik der Bevölkerungsentwicklung – global, national wie regional – ist ein lange viel zu passiv behandelter Kern des Wandels von Ländern, Ökonomien

und Gesellschaften. Dabei wäre es nun allzu kurz gegriffen, nur Prognosen oder methodische Ansätze zu kritisieren. Vielmehr gilt es, dafür zu sensibilisieren, dass Demografie ein Megathema des Wandels in Deutschland ist, mit dem weitreichende, äußerst komplexe Ungewissheiten und Herausforderungen verbunden sind. Doch wie kommen wir gesellschaftlich ins Gespräch über diese Themen? Zumal in einer Diskurskultur, die allenfalls in Nischen etwas von Komplexität wissen will? Wichtige Fragen sind etwa: Werden Außenzuwanderungen die Bevölkerungsentwicklung in den nächsten fünfzig Jahren dominieren? Was ist der sogenannte »natürliche Saldo« – also die Differenz aus Geburten und Sterbefällen – noch wert? Müssen wir stärker mit Szenarien arbeiten? Und nicht zuletzt: Wie viele Menschen könnten maximal in Deutschland leben?

Plakativ formuliert: Als im ersten Halbjahr 2023 mehr als 200.000 Asylanträge gestellt wurden, hieß es in einem Online-Leserbrief von User Oktopus in der *WELT* vom 7. August 2023:

Das wäre dann eine Großstadt in der Größenordnung von Ludwigs-
hafen, Saarbrücken oder Potsdam, die wir für diese Menschen in kür-
zester Zeit aus dem Boden stampfen müssten, inklusive Wohnraum,
Energieversorgung, Infrastruktur, Gesundheitsversorgung usw. Dabei
ist das Jahr noch lange nicht zu Ende und eine Trendwende nicht in
Sicht. Wie lange kann das ein Land, eine Gesellschaft durchhalten?

Umgekehrt – gleichmäßig auf 11.000 Gemeinden verteilt scheint das auf den ersten Blick ja vielleicht machbar: 89 Mio. Einwohner in Deutschland, also 5,6 Mio. Menschen zusätzlich, das würde bei Gleichverteilung rund 500 Personen pro Gemeinde bedeuten. Aber auch die müssen ja wohnen, wollen sich bewegen, müssen versorgt werden – medizinisch, mit Bildung, mit Wasser, Wärme und Strom. Und es hat Auswirkungen auf Fläche, auf die Umwelt, auf Klimaemissionen und Energieverbrauch usw.

Dabei endet die Aufgabe längst nicht bei den Themen Flucht oder Asyl – wie die rein wirtschaftlich begründeten Forderungen der Wirtschaftsweisen um Monika Schnitzler unterstreichen, die eine jährliche Netto-Zuwanderung in den Arbeitsmarkt von 400.000 Menschen als dringend notwendig erachten. Um diese Zahl zu erreichen, bräuchte es aber eine jährliche Zuwanderung von 1,5 Mio., wenn man die be-

trächtlichen Abwanderungen mit ins Kalkül zieht (vgl. Zeit ONLINE 2023).

Deshalb ist es bemerkenswert, wie still es lange Zeit um den Begriff der Bevölkerung geworden war. In den 2000er Jahren schienen sich weite Teile der politischen Öffentlichkeit darauf verständigt zu haben, dass die Steuerung der Größe einer Bevölkerung kein relevantes politisches Ziel sein kann. Die Frage von individuellen Reproduktionsrechten versus die Diskussion um die globalen Nutzungsrechte an der Erde schien zugunsten des Individuums und seines Rechts auf Selbstbestimmung entschieden zu sein.¹

Letztlich scheint im Konzept der Bevölkerung das »Über« oder »Unter« gar nicht von großer Bedeutung. Es geht oft nicht um die Zahlen selbst, sondern um die mit ihnen unter der Hand mittransportierten normativen Vorstellungen von der Gesellschaft und von der Richtung, in die ihre Entwicklung gehen soll. Gleichwohl werden über bestimmte demografische Entwicklungen auch Zukunftsbilder verhandelt – beispielsweise treffen ja Familienformen und -größen eine Aussage über moderne und/oder traditionelle Lebensstile. Und die Größe nationaler Bevölkerungen bekommt gerade dann Bedeutung, wenn sie an Vorstellungen von der Nation und ihrer historischen Entwicklung und »Mission« gebunden wird.

Während noch um die Jahrtausendwende das kollektive Mindset auf »Schrumpfung« ausgerichtet war, steht jetzt ein Wechsel an: Mehr Menschen in einem sich stark wandelnden Land, auch in sich stark verändernden Landschaften und Städten. Im Spannungsfeld zwischen kurz- und mittelfristigem Bevölkerungswachstum und einer – womöglich – langfristig wieder rückläufigen Bevölkerung in Deutschland verbergen sich eine Vielzahl ungelöster Fragen, denen man nachgehen sollte. Bemerkenswerterweise wird das in der öffentlichen Aufmerksamkeit viel zu wenig zur Kenntnis genommen, zumindest wird es nicht zum Ge-

1 Die Bevölkerung, so resümierte etwa der Historiker Matthew Connelly, zeige eine Tendenz, immer langsamer zu wachsen, egal ob Regierungen Programme gegen Bevölkerungswachstum eingesetzt hätten oder nicht. Wozu sollte das Nachdenken über Bevölkerung und entsprechende Familienplanungsprogramme zu deren Begrenzung also noch gut sein? (Vgl. Connelly 2008).

genstand gesellschaftspolitischer Diskurse. Hat man Angst, der AfD eine Steilvorlage zu liefern?²

Falls ja: Ist Angst ein guter Ratgeber? Zu Recht forderte der Historiker Frank Trentmann doch jüngst einen ehrlicheren Umgang in Deutschland, was die aktuellen Krisen und die damit verbundenen Herausforderungen betrifft:

Wir brauchen mehr als eine Schönwetterdemokratie. [...] Diese bequemen Strategien, die auch ein Stück Realitätsverweigerung waren, funktionieren nicht mehr. Zu lange haben Regierungen die Bevölkerung damit besänftigt, dass neue Technologien die Klimakrise lösen und uns ohne große Einschnitte oder Veränderungen im Lebenswandel in eine saubere, klimafreundliche Zukunft führen werden. (Trentmann 2024)

So sind dann Hysterie und Vielfronten-Kämpfe um die sogenannten Heizungsgesetze kaum verwunderlich. Die Demografie hingegen ist ein verschwiegener Kernaspekt der großen Transformation – sie muss daher an- und ausgesprochen, begreiflich gemacht, für konstruktive Gesellschaftsdiskurse auf die Agenda gehievt werden.

Zwar mag es sein, dass das bloße Thematisieren von demografischem Wandel und Migration in manchen Kreisen sofort falsch oder interessengeleitet rezipiert wird. Aber wir halten es für geboten, sich fachlich damit auseinander zu setzen – vor allem in und mit den Schwerpunkten Bauen, Wohnen, Stadt- und Raumentwicklung.

-
- 2 Bezogen auf die Situation in Sachsen und Thüringen gab die Politikredakteurin Ulrike Herrmann in der *taz* vom 09.09.2024 eine kleine Nachhilfestunde in Demografie: »Können die beiden Länder ohne neue Einwanderer auskommen? Die AfD selbst stellt sich vor, dass sie erst einmal ›die inländischen Personalressourcen mobilisieren‹ will. Doch so viele Arbeitslose gibt es gar nicht. Im August waren es 68.843 in Thüringen, das entspricht einer Quote von 6,2 Prozent. Hinzu kommen 87.079 ›Unterbeschäftigte‹, also Menschen, die einen Job haben, aber gern mehr arbeiten würden. Selbst wenn jede Arbeitslose und Unterbeschäftigte vermittelt würde, könnte die Personallücke nicht gestopft werden. Wie Studien errechnet haben, werden im Jahr 2035 bis zu 250.000 Fachkräfte in Thüringen fehlen, auch weil bis dahin etwa 385.000 ArbeitnehmerInnen in Rente gehen. Zunächst mag es harmlos klingen, dass in zehn Jahren ›nur‹ 250.000 Fachkräfte fehlen. Doch werden in ganz Thüringen im Jahr 2035 wohl nur noch 1,9 Millionen Menschen leben, von denen dann etwa ein Drittel in Rente ist.«

Lange Zeit dominierte die Frage: Wie gehen wir mit Schrumpfung um? Nun muss man sich eher mit dem Gegenteil befassen:

- Wie handhaben wir ein Bevölkerungswachstum, das nicht in allen Teilräumen Deutschlands gleichermaßen stattfinden wird? Welche Konsequenzen gehen damit einher?
- Wo ziehen die Menschen hin? Wie entwickelt sich die Raumstruktur? Was passiert mit den Großstädten und den Agglomerationsräumen? Wie verhält es sich mit den ländlichen Räumen, wer kann Auskunft darüber geben, wie es im suburbanen Raum weitergeht? Wie wirkt sich das Bevölkerungswachstum auf die verfügbare Freiflächenkulisse aus? Kann, besser: Wie kann die Infrastruktur mithalten – sowohl im technischen als auch im sozialen Bereich? Welche Wirkungen hat das auf die Mobilität?
- Müssen wir bestimmte bisher anerkannte Prinzipien in der Stadtentwicklung – Stichwort: doppelte Innenentwicklung³ – hinterfragen und auf dem Prüfstand stellen? Müssen wir uns auf andere Weise mit dem Thema Hochhaus beschäftigen?
- Wie entwickeln sich die Qualitäten in den Großstädten, den kleinen und mittleren Städten? Wird sich das Binnenwanderungsverhalten ändern? Wer profitiert, wenn Menschen möglicherweise aus den Metropolen wegziehen? Sind die aufkommenden Probleme der Großstädte möglicherweise deutlich schärfer einzuschätzen als die heute erkennbaren Sorgen, die wir um den ländlichen Raum haben?
- Ist es realistisch, in Zeiten von Bevölkerungszunahme, der Energiewende und verstärkten Resilienz-Anforderungen die Flächeninanspruchnahme deutlich zu reduzieren?
- Sollen wir die Einsichten, Maßgaben, Standards, die wir uns in den letzten Jahren angesichts des Klimawandels und des Krieges in der Ukraine peu à peu erarbeitet haben, als eine Art *Nice-to-have* ins Poesiealbum kleben? Nachhaltiges Bauen und QNG, *Sustainable Development Goals*, Grün in der Stadt usw.: Alles nicht mehr leistbar? Oder können wir das anpassen und revitalisieren?

3 Das planerische Leitbild der doppelten Innenentwicklung hat zum Ziel, gerade in den Städten Flächenreserven im Bestand baulich sinnvoll zu nutzen und zugleich grün neu zu entwickeln oder qualitativ aufzuwerten.

- Und falls wir langfristig möglicherweise – und auch dafür gibt es ernstzunehmende Indizien – wieder mit einem Bevölkerungsrückgang konfrontiert werden: Verursachen wir dann mit den Aktivitäten, die nun diskutiert und eingeleitet werden (müssen), gleichsam einen Stadtrückbau von morgen?

Zumindest in Ansätzen wird diesen Fragen in den einzelnen Aufsätzen des vorliegenden Bandes nachgegangen. Hier nun soll – das Stichwort vom Gedankenspiel aufgreifend – anhand einiger Stichworte der Reformbedarf umrissen werden, der unsere Gesellschaft nicht nur politisch, sondern auch kulturell betrifft. Damit wird nicht der Anspruch auf Diskurshoheit erhoben, sondern eine grundsätzliche Diskussion angeregt.

Migration

Seit der Migrationswelle 2015 wird – jedoch ohne belegbare Zahlen – über zu viele Migranten in Zahnarztpraxen gesprochen. Oder auch darüber, den Leuten den Pass zu entziehen, wenn sie schwer erträgliche Meinungen haben. Solche und andere Sprüche gehören zum Meinungskampf, zu den Bierzelten und den Talkshows. Wer das dort Gesagte auf eine Beschreibung der politischen Lage hochrechnete, müsste freilich verzweifeln. Mitunter fallen die Phrasen denen, die sie von sich geben, aber auf die Füße, wenn etwa die Zahnärzte mitteilen, in ihren Wartezimmern gebe es gar kein Migrationsproblem. Oder wenn die Juristen befinden, manche Abschiebungsfantasie laufe auf ganz widerrechtliche Vorschläge zu.

Gleichwohl gibt es jenseits aller Phrasendrescherei ein Problem – und nicht nur eine Ideologie. Die Kommunen ächzen unter den finanziellen und infrastrukturellen Belastungen, die durch die Unterbringung und Versorgung der Zuwanderer entstanden sind. Die Bildungsrückstände in diesem Personenkreis sind immens, seine Integration in den Arbeitsmarkt erfolgt schleppend, der Anteil tatverdächtiger Zuwanderer in der Kriminalstatistik liegt häufig über ihrem Anteil an der Bevölkerung. Wer dies im politischen und argumentativen Wettstreit ausblendet, vernebelt bewusst die Diskussion (vgl. Kaube 2024).

Eingebettet in das trocken erscheinende Thema Demografie sind indes die hochemotionale Aspekte, wie etwa ›Heimat‹ und die ›Zugehörigkeit zur Gesellschaft‹. Dabei steht vor allem die Migration im Fokus.

Es geht in erster Linie um eine kluge Migrationspolitik, die Zuwanderung nach Maßgabe der sozialstaatlichen Ressourcen und der sozialökonomischen Bedarfe kontrolliert. Es ist nicht moralisch verwerflich, auch in diesem Fall vonseiten des Staates die Kosten von heute im Verhältnis zu den Gewinnen von morgen abzuwägen. Die Tatsache, dass diese Art von Kalkulation auf längere Sicht die Etablierten wie die Inkludierten gleichermaßen betrifft, macht es notwendig, dass wir uns alle über angemessene Verhaltenserwartungen und unverhandelbare Verhaltensprinzipien verständigen müssen. Dabei kommen unweigerlich die Tatbestände der sozialen Zeit ins Spiel. Denn durch Bekanntschaften, Freundschaften, Heiraten vermischen sich in der Generationenfolge die Linien der Angestammten mit denen der Zugewanderten. Dabei ist mit verzögerten Abstoßungen und langfristigen Aneignungen zu rechnen, die die Komposition der Bevölkerung Schritt für Schritt verändern. (Bunde 2024)

Dessen ungeachtet prallen hier die Meinungen ungebremst aufeinander. Es liegt deshalb nahe, auf Steffen Maus »Triggerpunkte« hinzuweisen: Dass nämlich viele soziale Konflikte nicht nur strukturell angelegt sind, sondern auch gesellschaftlich hergestellt (»entfacht, angeheizt, getriggert«) werden und eine ganze Reihe von »Polarisierungsunternehmen« (z. B. AfD, Teile des modernen Meinungs-, Medienmarktes) bereitstünden, um genau das zu tun. Politisierung sei insofern nicht »eine Folge polarisierter Einstellungen in der Bevölkerung, sondern im Gegenteil deren Erzeuger« (Mau/Lux/Westhäuser 2023: 393). So hält er es auch für möglich, dass Konflikte an den Rändern durch Zuspitzung und Übertreibung bis in die Mitte der Gesellschaft hineingetragen werden können und dort ihre trennende Wirkung entfalten. Durch »affektive Politisierung« könnten Spaltungstendenzen entstehen, auch wenn »in der Breite der Gesellschaft keine substantielle Polarisierung« vorliege (ebd.: 388).

Droht die Zuwanderung nun zur Gefahr für unsere gesellschaftliche Ordnung zu werden? Nicht weil die Demokratie als Form der gesellschaftlichen Konfliktbearbeitung schlechter abschneiden würde als andere politische Formen der Konfliktbearbeitung (ganz im Gegenteil!), sondern weil sie an dem Problem scheitert (das Russland oder China in dieser Form nicht haben). Ganz im Sinne Max Webers nagt dieses Schei-

tern am Glauben an die Legitimität der politischen Ordnung. Salopper formuliert: Es breitet sich die Vermutung aus, dass »die es eh nicht können«.

Es ist offenkundig so, dass Wut oder auch Apathie längst entstanden bzw. vorhanden sind, und dass das Vertrauen in die politischen Institutionen vielerorts schwindet. In der öffentlichen Debatte drückt sich das Unbehagen etwa darin aus, dass nach Politikern verlangt wird, die endlich »richtig durchgreifen«. Das wird zum einen unter völliger Missachtung der Neuartigkeit und Komplexität der Herausforderungen, aber auch unter Ausblendung ebenjener Macht- und Anreizstrukturen gefordert, die für das Handeln der politischen Akteure ausschlaggebend sind. In all diesen Reaktionen drückt sich eine Gereiztheit aus, in der die Spannungen und Widersprüche von Bevölkerungspolitik innerhalb der Strukturen der Moderne zum Ausdruck kommen, die die Bearbeitung des Problems zugleich aber weiter erschwert. Wenn man dies weiterdenkt, dann muss man wohl nüchtern dem Umstand ins Auge blicken, dass die demografische Entwicklung sich immer stärker auch zu einer gesellschaftlichen Krise entwickelt. Einfach weil die Spannungen sich nicht auflösen lassen, vielmehr wohl zunehmen werden (mit Bezug zum Klima: vgl. Beckert 2024). Möglicherweise wäre schon etwas gewonnen, wenn dieser Sachverhalt bewusst zur Kenntnis genommen und in das politische Handeln einfließen würde. Dies würde bedeuten, Migration und demografischen Wandel als das zu verstehen, was sie sind: als tückisches Problem, das sich einer gradlinigen Lösung entzieht. Nicht weil unbekannt wäre, was gemacht werden müsste, sondern weil soziale Komplexität keine beliebig zu steuernde Manövriermasse ist.

Natürlich kann die Ankunft vieler Geflüchteter auf der kommunalen Ebene zu Überforderung führen, räumt etwa der renommierte niederländische Migrationsforscher Hein de Haas ein. Diese Überforderung sollte aber nicht von den Fakten ablenken. Denn es seien nicht die Ärmsten und Ungebildeten, die nach Europa aufbrechen. Die Ärmsten blieben, wo sie vorher waren, allenfalls gingen sie in das Nachbardorf oder in die nächste Stadt, im äußersten Fall in den Nachbarstaat. Den Ärmsten fehlten die Mittel, um auszuwandern. Die meisten Migranten kämen aus Schwellenländern: nicht aus den ärmsten Ländern wie Madagaskar oder dem Südsudan, sondern eher aus Mexiko, Marokko, der Türkei oder aus Indien, China oder den Philippinen. De Haas' Fazit lautet: Die Realität der Migration unterscheidet sich in der Regel vom Klischee einer verzweiferten Flucht vor dem Elend (vgl. de Haas 2023). Und ebenso, so

lässt sich ergänzen, unterscheidet sich die Wirklichkeit der Integration vor Ort von dem Bild, das davon gezeichnet wird.

Einer aktuellen Studie der Universität Hildesheim zufolge sind nur knapp 23 % der deutschen Kommunen an der oft zitierten Belastungsgrenze angekommen – bei 71 % heißt es, die Aufgabe, Geflüchteten eine Unterkunft zu besorgen, sei »herausfordernd, aber (noch) machbar«, in knapp 6 % der Kommunen werden Geflüchtete »ohne größere Schwierigkeiten« untergebracht. Interessant dabei, dass die Ergebnisse deutlich zwischen Ost und West differieren. In Ostdeutschland geben 21,5 % »ohne größere Schwierigkeiten« an, im Westen 2,8. Überlastet sehen sich Kommunen im Osten zu 7,7, im Westen zu 25,9 % an (vgl. Kühn/Ziegler 2024). Man sollte diese Ergebnisse nicht verharmlosen, aber dass der Regierung das Land »entglitten« sei, wie es mancherorts proklamiert wird, lässt sich nicht bestätigen.

Offen jedoch bleibt, ob Städte und Gemeinden ihre Rolle wirklich ausspielen können. Denn grundsätzlich müsse globalen Herausforderungen auf lokaler Ebene begegnet werden, fordert etwa Peter Kurz, der langjährige Oberbürgermeister von Mannheim. Denn kommunale Politik müsse pragmatischer und ganzheitlicher denken und handeln als nationale Politik, und sie sei fast immer raumbezogen. Der Nationalstaat behalte sich bei Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus Ausweisung und Abschiebung vor und biete ihnen deshalb keine Zukunftsperspektiven; die Stadt hingegen sei an einem funktionierenden Zusammenleben interessiert und müsse dafür allen Einwohnern Perspektiven bieten. Zudem kritisiert er, dass in Deutschland nur gesteuert werde, wie viel Geld für was ausgegeben werde, nicht aber, welche Wirkung es erziele – und welche Wirkung überhaupt erzielt werden solle. Der theoretisch richtige Gedanke, kritisiert Kurz, genüge; er bleibe auch dann richtig, wenn er in der realen Welt nicht das gewünschte Ergebnis erzielt habe (vgl. Kurz 2024).

Die Art und Weise, wie eine Gesellschaft mit dem »Fremden« oder »Anderen« umgeht, beeinflusst maßgeblich ihren inneren Zusammenhang. Ein integrativer Ansatz, der Vielfalt als Bereicherung betrachtet und Mechanismen für sozialen Einbezug fördert, kann dazu beitragen, eine inklusive regionale Identität zu schaffen. Zugleich aber ist es verfehlt, große Erwartungen darauf zu schüren, dass allein migrationspolitische Strenge die Zuwanderung bremsen kann. Das ist

sogar gefährlich – wenn diese Hoffnung nämlich enttäuscht wird.⁴ Je ausgeprägter die Tendenz, die Grenzen der EU zu schließen, desto stärker der Impuls, sich schneller und früher auf die Reise zu machen, bevor sie noch gefährlicher und teurer wird (vgl. Bielicki 2024). Dass Strenge allein niemals wird ausreichen können, muss auch allen klar sein. Denn Schrumpfung gepaart mit einer starken Alterung der Menschen – das wäre die Abschottungskonsequenz – wird unweigerlich ökonomische und soziale Sorgen verstärken, den nächsten Aufruhr vorprogrammieren. Darauf muss das Land vorbereitet sein. Da helfen keine unerfüllbaren Versprechen.

Wohnraumbewirtschaftung (Rekurs)

Stichwort »vorbereitet sein«: Das aktuelle Bevölkerungswachstum legt die Frage nahe, wie die zusätzlichen Menschen behaust werden sollen. Die ist schon deswegen brisant, weil schon die aktuellen wohnungspolitischen Ziele – der Bau von 400.000 WE per Annum – nicht erreicht wird. Einerseits führt das zur Wiederbelebung des alten Reflexes, die Krise dadurch zu lösen, dass erneut Felder in Bauland verwandelt werden, wie der Vorstoß von Olaf Scholz im Winter 2023/24 gezeigt hat: Um den Wohnungsmangel in den Städten zu beheben, sollten doch bitte zwanzig neue Stadtteile auf der grünen Wiese entstehen, ganz so wie vor fünfzig Jahren, forderte medienwirksam der Bundeskanzler. Andererseits hat sich unter dem Eindruck der Klimakrise die Einschätzung der »grünen Wiese« im Vergleich zu den 1970er Jahren stark gewandelt. Sie gilt nicht mehr als praktisch unendlich verfügbare Bodenressource, die zerschnitten, besiedelt und versiegelt werden darf; vielmehr soll sie dafür sorgen, dass sich die Stadt nicht weiter aufheizt, oder als Fläche für die Energieproduktion in einer postfossilen Ära bereitstehen. Und einmal ganz abgesehen vom Umstand, dass es in den Sehnsuchtsstädten und den prosperierenden Wirtschaftsregionen heute an verfügbarem Wohnraum fehlt und Planung und Bau neuer, großer, zeitgemäßer Stadtteile viele Jahre benötigen würde: Ist es realistisch, mit dieser Strategie den Leerstand in strukturschwachen Regionen neu zu beleben? Oder brauchen wir – mit Blick auf den Einwohneranstieg – womöglich

4 Die Abschieberegeln etwa hat der Bund seit 2015 bereits mehrere Male verschärft, doch zu mehr Abschiebungen hat das faktisch nicht geführt.

»härtere« ordnungspolitische Maßnahmen, wie es etwa das Wohnraumbewirtschaftungsgesetz in der 1950er Jahren darstellte?

Dazu ein kurzer Rückblick: Eine direkte, für alle Bevölkerungsschichten spürbare Folge des Zweiten Weltkriegs bestand in der weitgehenden Zerstörung von Industrieanlagen, Infrastruktur und Wohnraum. Insbesondere durch die massiven Luftangriffe auf die deutschen Städte wurde es notwendig, etwa 9 Mio. Obdachlose in ländliche Gebiete zu evakuieren. Die faktische Annexion der bis dahin zu Deutschland gehörenden »Ostgebiete« durch die Sowjetunion und Polen führte zu 12 Mio. Vertriebenen und Flüchtlingen, die aus ihren Siedlungsgebieten in das spätere Staatsgebiet der Bundesrepublik kamen. Insgesamt suchten in den Monaten nach Kriegsende also ungefähr 21 Mio. Menschen eine neue Bleibe. Der Zensus in den drei Westzonen 1946 wies die Zahl von 13,7 Mio. Haushalten und 8,2 Mio. Wohnungseinheiten nach. Mit anderen Worten: Es fehlten kriegs- und migrationsbedingt etwa 5,5 Mio. Wohnungen – eine gewaltige Zahl (vgl. Schäfers 2002: 35 ff.).

Unmittelbar nach Kriegsende beschlossen die Besatzungsmächte der drei Westzonen angesichts des gravierenden Wohnungsmangels kurzfristige gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Die nach Gründung der Bundesrepublik 1949 gebildete Bundesregierung machte sich diese Intervention zu eigen – und führte eine habituelle Zwangsbewirtschaftung ein.

Das sogenannte Wohnraumbewirtschaftungsgesetz, das am 1. Juli 1953 in Kraft trat, überführte die Regelungen zur Zwangsbewirtschaftung von Wohnraum in Bundesrecht.⁵ Dieser Grundsatz stellte den gesamten Wohnraum der Bundesrepublik Deutschland unter Zwangsbewirtschaftung durch die örtlichen Wohnungsämter; ausgenommen waren lediglich öffentlich geförderte Wohnungen sowie wenige andere. Die Ämter konnten Wohnungssuchende in leerstehende Heimstätten einweisen, aber auch in Wohnungen fremder Personen, sofern diese nach Einschätzung des Wohnungsamtes unterbelegt waren (§ 10). Hausbesitzer hatten freien Wohnraum unverzüglich den

5 Die Basis dafür hatten besatzungsrechtliche Vorschriften der Alliierten gelegt, insbesondere das Kontrollratsgesetz Nr. 18. Grundgesetzlich wurde dieses bis zum Inkrafttreten des Wohnraumbewirtschaftungsgesetzes durch die Sondervorschrift des Art. 117 Abs. 2 GG legitimiert, welche Einschränkungen des Grundrechts auf Freizügigkeit im Bundesgebiet bis zur Bewältigung der Wohnungsnot nach dem Zweiten Weltkrieg zuließ.

Wohnungsämtern zu melden (§ 7). Die Einweisung begründete einen privatrechtlichen Mietvertrag zwischen dem Wohnungseigentümer und dem Wohnungssuchenden (§§ 15–16). Es galt ein Zweckentfremdungsverbot (§ 21) sowie ein absolutes Verbot des Abrisses von Wohnungen (§ 22). Wohnungsämter konnten auch gegen den Willen des Eigentümers Wohnungen modernisieren, d. h. mit zeitgemäßen Sanitär- und Versorgungseinrichtungen ausstatten (§ 23). Weisungen der Wohnungsämter konnten im Wege des Verwaltungszwanges durchgesetzt werden (§ 27) (vgl. Heinelt/Egner 2006: 203–220).

Das Wohnraumbewirtschaftungsgesetz⁶ bestand im Wesentlichen in einem faktischen Verbot der Kündigung von Bestandsmietern, staatlich festgelegten Mietniveaus und staatlicher Vergabe von in Privateigentum befindlichem Wohnraum an Wohnungssuchende. Mit diesen Maßnahmen stoppte die Bundesregierung zwar den befürchteten schnellen Anstieg der Mieten, doch das Problem der 5,5 Mio. fehlenden Wohnungen wurde dadurch nicht behoben. Deshalb entschloss sich die Bundesregierung mit der Verabschiedung des Ersten Wohnungsbaugesetzes 1950 zu einer massiven Intervention auf der Angebotsseite des Wohnungsmarkts. Im Rahmen dieses Gesetzes finanzierte der Bund innerhalb eines Jahrzehnts den Bau von insgesamt 3,3 Mio. Wohnungen. Zusätzliche 2,7 Mio. Wohnungen wurden durch private Investoren gebaut (vgl. Bartholomäi 2004: 26). Die große Wohnungsnot der frühen 1950er Jahre war damit zunächst gebannt.

Wenngleich man einräumen muss, dass die seinerzeitige Ausgangslage eine andere und zudem die Nachkriegsgesellschaft insgesamt darauf trainiert war, einen gewissen Leidensdruck auszuhalten, so zeigt sich doch, welche ordnungspolitischen Kraftanstrengungen in bestimmten Situationen möglich und nötig sind. Natürlich wäre eine gesetzlich vorgegebene Wohnraumbewirtschaftung heute eine drastische Maßnahme, die auf enorme Widerstände stieße. Es ist völlig klar, dass hier gravierend über das extrem hohe Verfassungsgut »Freiheit« verhandelt würde: Freiheit versus bezahlbares Wohnen. Dass darüber

6 Dieses wurde durch das Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft vom 23.06.1960 aufgehoben. Gewisse letzte Reste sind jedoch bis heute geblieben: Für Ballungsgebiete können die Landesregierungen gemäß Art. 6 des Gesetzes vom 04.11.1971 ein Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum erlassen; Sozialwohnungen dürfen nur ihrer Zweckbestimmung entsprechend belegt werden (§§ 4 ff. Wohnungsbindungsgesetz vom 13.09.2001).

noch nicht einmal ansatzweise diskutiert wird, ist freilich bemerkenswert.

Transformation

Oft sind es eruptive äußere Anlässe, die grundlegende Verschiebungen im gesellschaftlichen Gefüge zur Folge haben. Mit dem ersten Ölpreisschock ging im Jahr 1973 das Ende der Modernisierungsideologie einher. Die 1960er Jahre waren die Zeit eines überbordenden Zukunftsoptimismus gewesen. Alles schien machbar und planbar, Wissenschaft und Technik waren der Schlüssel für die bemannte Raumfahrt zum Mond ebenso wie für Überschallflüge zwischen den Kontinenten. Die autogerechte Innenstadt sorgte für optimale Mobilität in der Stadt, und funktional leben ließ sich in den neu gebauten Trabantenstädten nach dem Vorbild von Le Corbusiers »Wohnmaschinen«. Alles schien eine Frage rationaler Planung und Steuerung. Die nun hereinbrechende Konjunkturkrise ließ sich mit den Mitteln der Globalsteuerung – wider Erwarten – nicht bewältigen. Stattdessen sorgten ausbleibendes Wachstum bei gleichzeitiger Inflation sowie steigende Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung für Ratlosigkeit. Allgemein wurde eine »Tendenzwende« diagnostiziert.

Im Rückblick zeigt sich, dass die Bundesrepublik alle fünfzehn bis zwanzig Jahre eine tiefgreifende Transformation erlebt hat: Nach dem erwähnten Ölpreisschock im Jahr 1973 waren es 1989/90 der Fall der Mauer und das Ende des Kalten Krieges; die Weltfinanzkrise des Jahres 2008 rüttelte durchaus an den Grundfesten, auf denen traditionelle wirtschaftspolitische Überzeugungen fußten. Und die aktuellen Kriege in der Ukraine sowie in Gaza erschüttern erneut unserer gesellschaftlichen Konstitution.⁷ Die Häufigkeit von Krisen und Erschütterungen lassen kaum Raum für gesellschaftlich-emotionalen Konsens oder Identitätsfindung, und es zeigen sich deutliche Überforderungssymptome

7 Mitten im letzten Intervall lässt sich freilich die sogenannte Flüchtlingskrise 2015/16 datieren, ausgelöst vor allem durch den Bürgerkrieg in Syrien. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes war im Jahr 2015 Zuwanderung nach Deutschland so hoch wie nie zuvor. Seinerzeit sind insgesamt 2.137.000 Personen nach Deutschland zugezogen. Das waren 672.000 Zuzüge mehr als im Jahr 2014 (+ 46 %).

auf allen Ebenen. Je stärker sich der Wandel von der allgemeinen Debatte in handfeste Konsequenzen für das Individuum verlagert – wie etwa beim sogenannten Heizungsgesetz – desto empfindlicher schlägt das Pendel zurück. Angesichts der weltweiten Entwicklungen seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 ist die Welt nicht nur sprichwörtlich eine »andere«. Und die im Vergleich zu den gegenwärtigen Krisen eher zarten Transformationsphasen der frühen 1970er Jahre dürften sich aktuell kaum als Blaupausen für die Zukunft eignen (vgl. Jakubowski 2020: 16–29).

Dennoch – solch fundamentale Einschnitte wirken häufig als Aufbruch hin zu neuen Paradigmen.⁸ Und diese werden durch den Rahmen dessen bestimmt, was gemeinhin als richtig und als falsch gilt. Wie die aktuelle Debattenkultur in Europa und Deutschland zeigt⁹, kämpft man plötzlich mit härtesten Bandagen. Und das hat erkennbar Rückwirkungen auf die »öffentliche Meinung«, wie sie Elisabeth Noelle-Neumann definiert hat, und was man neudeutsch als »Framing« bezeichnet. Solche Rahmen sind nicht statisch, sondern Gegenstand von Deutungskämpfen, durch die sie befestigt oder verschoben werden. Die Positionen werden apodiktischer, Kompromisslinien seltener und/oder weniger akzeptiert.

Nun ist die öffentliche Meinung freilich nicht nur ein diskursives oder kulturelles Phänomen. Sie ist auch von enormer politischer Bedeutung. Denn sie bestimmt in demokratischen Systemen sehr oft den Rahmen des Machbaren. Und umgekehrt: Worüber öffentlich und medial nicht groß gesprochen wird, ist auch nicht unbedingt ein bevorzugter Gegenstand politischen Handelns. Oder auf das hier verhandelte Thema bezogen: Der demografische Wandel als Ganzes bewegt weder die öffentliche Meinung noch schlägt er sich erkennbar in politischer Intervention nieder. Der Teilaspekt Zuwanderung hingegen ist fast omnipräsent – und scheint – zumindest auf der rhetorischen Ebene – Maßnahmen wie Grenzkontrollen, Asylverschärfung, Abschiebung usw. zu erzwingen.

8 Wobei man freilich nun nicht dem Fehlschluss verfallen sollte, dass diese zu Beginn klar erkennbar und planbar sind und auf geradem Weg entstehen.

9 Was etwa in den USA passierte, konnte man ja gleichsam »aus der Ferne« wahrnehmen; man mag es zwar echauffiert kommentiert, aber nicht unbedingt auf die hiesige Situation übertragen haben.

Bemerkenswerterweise wird über Transformation mit großem Pathos und noch größerer Betroffenheit gesprochen. Ob es um die Bekämpfung des Klimawandels, den Umbau von Staat und Wirtschaft oder die Frage nach der Beendigung von Kriegen geht: Von der Dringlichkeit wird auf die Möglichkeit und Zustimmungsfähigkeit geschlossen, oft mit mahnendem Blick. In Vergessenheit gerät dabei, dass alle Transformation in einer Welt stattfinden muss, die bereits da ist und mit ihren eigenen Mitteln darauf reagiert, unter anderem mit populistischen Gefährdungen der Demokratie. Doch was ist jenseits der großen Geste zu finden? Ist die Logik kleiner Schritte obsolet? Multiple Krisenerfahrung bedeutet: Viele Bedingungen unserer Lebensweise der letzten Jahrzehnte sind fragwürdig geworden, ihre Verletzlichkeit und ihre Voraussetzungen werden immer sichtbarer. Das erzeugt allorts einen Ruf nach rascher, möglichst umfassender Transformation. Getreu dem Motto, dass eine andere Welt möglich sei – wir müssten sie nur wollen. Aber dieser Triumph des Willens rechnet nicht mit dem Eigensinn, mit der inneren Komplexität und den Widerständen einer Gesellschaft, die eben kein ansprechbares Kollektiv ist. Und sie rechnet nicht mit der populistischen Reaktion auf Krisenerfahrungen (vgl. Back et al. 2022).

Dabei wird immer deutlicher: Man kann nicht gegen die Gesellschaft transformieren, sondern nur in ihr und mit ihr – und nur mit ihren eigenen Mitteln. Das zumindest ist die Auffassung des renommierten Soziologen Armin Nassehi. Er meint, dass unser Leben zu weiten Teilen aus der Fortführung von Routinen besteht. Gesellschaftliche Praxis sei vor allem von Selbstbestätigung, von Wiederholungen, von der Selbststabilisierung des Bewährten geprägt. Und als Geschäftsmodell bewähre sich das ziemlich gut. Statt bei jeder Veränderung gleich in den Modus einer Empörung über Kontrollverlust und Systemversagen zu schalten, plädiert er für eine Logik der kleinen Schritte, die darauf setzt, den Widerständen und Beharrungskräften begegnen zu können, die mit Anpassungsnotwendigkeiten und -erwartungen in drohenden und nachholenden gesellschaftlichen Veränderungen einhergehen (vgl. Nassehi 2024).

Um es am Beispiel zu veranschaulichen: Obwohl das Tempolimit hinsichtlich der Klimaziele als naheliegende und unhintergehbare Lösung erscheint, gilt es längst als Klischee politischer Konsensabwehr, in der Trägheit und Trotz mitunter als erstaunlich bündnisfähig erscheinen. Der Traum von gesellschaftlicher Kooperation oder auch intrinsischer

Solidarität sei, so Nassehi, eine allzu vereinfachte Selbsterzählung der Gesellschaft, die sich mit einem Kollektiv verwechselte und deshalb Lösungskonzepte präferiere, die sachlich kaum gedeckt seien. Der Soziologe empfiehlt ein routiniertes Innehalten, das er nicht als Problemlösungsverweigerung verstanden wissen möchte. Die innere Erosion der Demokratie habe viel damit zu tun, dass Transformationsdruck und Veränderungsnotwendigkeiten fast ausschließlich in den klassischen Kategorien der internen politischen Differenzen verhandelt werden, während die rechtspopulistische Herausforderung der Demokratien deshalb so erfolgreich mit Zugehörigkeits-, Identitäts- und Exklusionschiffren punkten könne, weil sie damit erfolgreich vermeiden könne, die Probleme auf Augenhöhe anzugehen. Die Pointe von Nassehis Ansatz besteht in der Skepsis gegenüber politischen Lösungen, aber letztlich auch in einem großen Zutrauen an die Mechanismen kollektiv bindender Entscheidungen. Transformation zielt so gesehen nicht auf eine ganz andere gesellschaftliche Praxis. Vielmehr geht sie aus der Einsicht in die Notwendigkeit hervor, dass sie nur in der bestehenden Gesellschaft und mit deren Möglichkeiten zu Fortschritt und Innehalten gelingen kann.

Die Schlussfolgerung, die Hände in den Schoß zu legen und entweder auf den fälligen Aufschwung zu warten oder zu glauben, die Migration »werde irgendwie versickern«, ist politisch kein guter Rat. Die Hoffnung, es werde schon gut gehen, das Land sei reich und seine Wirtschaft habe sich in der Vergangenheit doch durchaus resilient gezeigt, wie das Modewort heißt, ist nicht gut begründet. Vor allem ist ihr nicht zu trauen. Ihre aus politischen Motiven nachvollziehbare Propagierung kann vielmehr selbst zum Krisenfaktor werden, hindern uns derartige Vorstellungen doch daran, der Realität nüchtern ins Auge zu sehen. Und dazu zählt eben auch, die Auf- und Abschwünge nicht als isoliertes Phänomen zu betrachten, sondern sie in ihrem Kontext, ihrem Milieu zu begreifen.

Beispielsweise in der politischen Ökonomie: Während die Wirtschaft mal schneller, mal langsamer wuchs und seit den 1970er Jahren gelegentlich auch stagnierte oder schrumpfte, nahm die Produktivität kontinuierlich und schneller als die wirtschaftliche Gesamtleistung zu. Es konnte also, um es vereinfacht auszudrücken, bei sinkender jährlicher Arbeitsleistung gleichwohl mehr verteilt werden. Dieses Muster hat sich derart ins kollektive Denken eingebrannt, dass die öffentliche Meinung es fast schon für eine Art Naturgesetz hielt. Doch ist es das

keineswegs. Seit den 1990er Jahren hat sich die Lage zunächst schleichend, inzwischen dramatisch verändert. Seit jener Zeit gingen die jährlichen Produktivitätszuwächse deutlich auf ein Viertel der zuletzt erreichten Werte zurück, von etwa 2 % jährlich auf 0,5 % in der Zeit vor Corona; mittlerweile schrumpft die totale Faktorproduktivität. Gegenwärtig sinkt bei steigender Bevölkerung deren Pro-Kopf-Leistung. Das historisch als dauerhaft erfahrene Muster steigenden Wohlstands bei sinkender Arbeitszeit gibt es nicht mehr. Und angesichts des demografischen Wandels, insbesondere der Tatsache, dass in absehbarer Zeit Millionen gut ausgebildeter Arbeitskräfte den Arbeitsmarkt verlassen, für die kaum Ersatz in Sicht ist, schon gar nicht durch eine kaum regulierte (und kaum zu regulierende) Zuwanderung schlecht qualifizierter Menschen, ist auch kaum eine Besserung in Sicht.

Dabei wird ein weiteres Defizit offenbar, das es historisch so nicht gab. Das deutsche Bildungssystem war trotz aller Schwächen seit den 1870er Jahren, und zwar sowohl in der Allgemeinbildung wie in der Spitzenforschung, dazu in der Lage, den gelegentlich raschen Bevölkerungszuwachs (von 45 auf 67 Mio. Menschen zwischen 1870 und 1914, von gut über 40 auf 62 Mio. seit 1945 in der Bundesrepublik) nicht nur zu verkraften, sondern ein im internationalen Vergleich hohes Qualitätsniveau zu erreichen. Davon ist in der Gegenwart wenig zu spüren: Die Bevölkerung wächst, das Qualifikationsniveau sinkt.

Darüber hinaus: Der starke Strukturwandel, ein Merkmal der Wiederaufbauzeit und auch noch der 1970er und der 1990er Jahre, die wesentliche Quelle der Produktivitätsgewinne, ist zum Stillstand gekommen. Das hat eine Fülle von Ursachen. Viele Potenziale sind ausgeschöpft; die Landwirtschaft ist extrem geschrumpft, wenig wettbewerbsfähige Industriezweige sind fast ganz aufgegeben worden. Gleichzeitig sind die Investitionsquoten niedrig, die Entfaltung neuer technologischer Potenziale gering, die Tendenz, dass wichtige Industriezweige aus Kostengründen ihre Standorte verlagern, hoch. Schließlich, auch davon ist zu reden, zählt die deutsche Wirtschaft zu den Hauptleidtragenden der gegenwärtigen Deglobalisierungstendenzen. Man kann diese aus politischen Gründen für gerechtfertigt halten, ja fordern, doch sollte niemand so naiv sein, davon auch noch wirtschaftliche Vorteile zu erwarten. Schon das Kleinreden der Energiepreisverteuerungen ist Augenwischerei, wenn man an den Industriestandort Deutschland denkt, von den preistreibenden Wirkungen einer mögli-

chen Entkopplung von China zu schweigen. In diesem Zusammenhang weist der Wirtschafts- und Sozialhistoriker Werner Plumpe darauf hin:

Wir leben in einer Situation der Selbstblockade. Die alte Befähigung zur Selbstkorrektur scheint mittlerweile der politischen Konfrontation zum Opfer zu fallen, denn das Thematisieren der Krise wird als Politikum Gegenstand einer Art Lagerstreit, in dem eine nüchterne Verständigung nicht mehr möglich ist: Was dem einen eine angemessene Beschreibung ökonomischer Verhältnisse ist, brandmarkt der andere als Schmähkritik, Verschwörungstheorie oder Fake News. Die alte Regel, dass eine Krise nur in den Dimensionen ernsthaft bearbeitet werden kann, in denen sie vorurteilsfrei zur Kenntnis genommen ist, gilt nicht mehr. An deren Stelle ist Wunschdenken (»grünes Wirtschaftswunder«, erfolgreiche Energiewende etc.) getreten. (Plumpe 2023)

Das Wechselspiel von kleinen Schritten und langfristigen Zielen

In vielerlei Hinsicht setzen sich die EU und Deutschland ehrgeizige langfristige Ziele. Bei der Umsetzung dominiert jedoch in aller Regel die Kurzfristigkeit. Denn diese findet leichter Eingang in die mediale Kommunikation und bewegt so Wähler. Die Stellschrauben zur Beeinflussung kurzfristiger Entwicklungen sind greifbarer und leichter zu kommunizieren als komplexe langfristige Entwicklungen, die stärker externen Einflüssen und Unsicherheiten ausgesetzt sind. Dazu kommen oft Unwissenheit und Fehlinformationen, die die Kurzfristorientierung verstärken. Eine emotionale und politische Besonderheit markiert die von Bundeskanzler Scholz im Februar 2022 im Deutschen Bundestag ausgerufenen »Zeitenwende« angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. So verständlich der Impuls angesichts des Kriegs in Europa ist und war – gedacht als Weckruf an eine friedensgewöhnte Gesellschaft – so unrealistisch ist es zu glauben, dass selbst ein solch bedrohlicher Schock eine Gesellschaft plötzlich auf ein *New Normal* verpflichten kann. Auch Zeitenwenden finden im Zick-Zack-Kurs nach dem Motto »drei Schritte vor, zwei zurück« statt.¹⁰

10 Matthias Horx weist auch auf die Erkenntnisse des Arztes und Immunologen Jonas Salk hin. Alle Veränderungsprozesse, so Salk, lassen sich in s-förmigen Kurven abbilden, die einen Wechsel von einem stabilisierten Zustand zum anderen

Freilich hat das Ausrufen der Zeitenwende breite Debatten und erste Maßnahmen ausgelöst, die nicht zuletzt eine Langfristperspektive zur Wehrhaftigkeit Deutschlands aufzeigt – zur Orientierung und um sich daran zu reiben.

Dennoch verfestigt sich nicht nur in demografischen Fragen der Eindruck, das kurzfristige Kurieren an Symptomen die Politik – aber auch die gesellschaftliche Erwartungshaltung – bestimmt. Kaum jemand mag sich mehr auf einen gemeinsamen längeren Weg einlassen. Als Folge dieser Kurzfristpolitik werden langfristige Ziele häufig nicht nur verfehlt. Vielmehr gewinnt man den Eindruck, dass die Politik und Gesellschaft sogar verlernt haben, Langfristigkeit ernsthaft zu artikulieren und zu debattieren. In einer Wohlstandsgesellschaft ist es schwieriger, Mehrheiten für langfristige Veränderungen zu gewinnen als für den Erhalt des Status quo. Langfristige Reformen sind politisch unbequem, wie nicht nur die Proteste gegen eine Rentenreform in Frankreich zeigten. Daher werden sie kaum ernsthaft angegangen. Mangels Visionen übersieht die Politik entweder die sich daraus ergebenden Chancen und versäumt es, geeignete Rahmenbedingungen für die Nutzung der Potenziale zu schaffen. Oder sie schlägt aus Angst vor den negativen Folgen des Wandels mit der Regulierungskeule zu.

Was aber wäre denn langfristige Politik? Hierzu drei Punkte:

Erstens: Langfristige Politik beruht auf – gesellschaftlich zu entwickelnden – Vorstellungen von Zukunftsbildern, für die die Politik einen demokratisch zu verhandelnden Gestaltungsrahmen vorgibt. Dies erfordert ein tiefes Verständnis langfristiger Trends und Innovationen sowie der hohen Unsicherheit und der komplexen Wechselwirkungen von Trends. Langfristige Politik denkt daher in plausiblen Zukunftsszenarien, statt nur auf das aus aktueller Sicht wahrscheinlichste Szenario zu setzen oder bloß die Symptome von heute zu kurieren. Und sie bereitet die Gesellschaft auf die verschiedenen Eintrittsmöglichkeiten vor. Das Denken in ganzheitlichen Visionen ermöglicht die Bildung neuer Allianzen und kann politische Verliererthemen wie beispielsweise die Rentenreform in ein neues Licht rücken. Eine Vision von der Arbeitswelt der Zukunft, in der eine »Silver Economy« für ältere Arbeitnehmer flexible,

ausdrücken. Wenn man so will, von einem »Normal« zum nächsten (vgl. Horx 2022: 4–9).

selbstbestimmte und erfüllende Arbeit zum Ziel hat, macht Reformen wie die Erhöhung und Flexibilisierung des Renteneintrittsalters attraktiver als die vorherrschende Vorstellung eines verlängerten Malochens.

Zweitens: Langfristige Politik lebt von der Aushandlung der dabei auftretenden Zielkonflikte. Langfristige Ziele erfordern in der Regel Abwägungen zwischen kurz- und langfristigen Interessen. Verschiedene Zukunftsbilder können miteinander in Zielkonflikt geraten. Entscheidend ist jedoch, diese Zielkonflikte darzustellen, aus verschiedenen Perspektiven zu bewerten und politisch tragfähige Mehrheiten dafür zu finden. Entsprechend sollte um ganzheitliche Zukunftsbilder gerungen werden, und nicht wie in der kurzfristigen Politik um Einzelmaßnahmen, zumindest soweit diese nicht als *Pars pro Toto* für eine Vision stehen.

Drittens: Eine langfristige Politik geht von einem realistischen Menschenbild aus und ist sich der Anreize bewusst, denen auf Wiederwahl zielende Politiker unterliegen, die zugleich allzu kurzfristig wählerseits bedient werden. Um die daraus resultierenden Anreize zu einer kurz-sichtigen Politik zu begrenzen, setzt eine langfristige Politik auf eine Regelbindung, die den diskretionären Spielraum von Politikern im Sinne der konstitutionellen Interessen der Bürger eingrenzt (vgl. Andritzky/Hesse 2023).

Wörtlich entstammt »Politik« der griechischen Sprache und bezeichnet das gemeinsame Handeln und die Organisation des Zusammenlebens in einem dicht besiedelten Raum. Der Begriff beschreibt sowohl die Organisation und Ordnung der gemeinsamen Lebensbewältigung wie auch die Teilhabe der Bürgerschaft daran. Als einzelne Personen sind wir demnach zugleich Angesprochene, Betroffene, Teilhaber und Mitgestalter. Politik erlangt für jeden von uns Bedeutsamkeit und fordert dazu auf, sich der eigenen Einbindung in die kollektiven Problemzusammenhänge und Lösungsansätze bewusst zu werden. Salopp gesagt: Als »Besteller« bekommt eine Gesellschaft von Politik genau das, wonach sie fragt.

Allerdings hat man es nun mit einer politisch wirksam werdenden Individualisierung zu tun: Die Wahrnehmung des politischen Geschehens erschöpft sich in der Taxierung, was dieses für die persönliche Lebensgestaltung bedeutet. An die Stelle eines ausgeprägten Bewusstseins über die gemeinsamen Belange tritt der selbsteingenommene Rückschluss von den Auswirkungen politischer Regulierung auf den Erhalt und die Pflege des eigenen Wohlbefindens. Eine bloß kurzfris-

tig orientierte Politik ist reaktiv, wird mangels Zielabwägung Opfer von Einzelinteressen und bleibt tendenziell oberflächlich, weil sie an Symptomen ansetzt und – vermeintlich – einfache Antworten bietet.

Epochenwechsel und Optimismus

Der Soziologe Philipp Staab hat im Jahr 2022 »Anpassung als Leitmotiv für die nächste Gesellschaft« ausgerufen. Er meint damit, dass es – heute, morgen und übermorgen – darum geht, die (Klima-)Katastrophe abzuschwächen und sich mit den Folgen des globalen Wandels bestmöglich zu arrangieren. Weiter am Fortschritts- und Gestaltungsglauben festzuhalten, der ein automatisch besseres Morgen verspricht, hält er für wenig klug. Die nächste Gesellschaft werde vor allem mit der Stabilisierung einer prekär werdenden Ordnung befasst sein (vgl. Staab 2022). Wenn Staab richtig liegt, engt sein neues Leitmotiv – zunächst einmal – lieb gewonnene gesellschaftliche wie individuelle Spielräume ein und schürt Verlustängste bis hin zu Wut oder gar Unkultur. Anpassung wird als Schock, Knebelung oder Bevormundung aufgefasst, wie die Rezeption der Klimaschutzgesetze der Ampelregierung illustriert. Ablehnung als natürlicher Reflex bestimmt freilich nicht allein und dauerhaft das soziale Bild. Anpassung kann Gesellschaften zum Zusammenstehen, zu Solidarität und mit der Zeit wieder zu Optimismus bringen – Not schweißt zusammen, sagt der Volksmund. Dazu gehört auch Einsicht in die Notwendigkeit.¹¹

Ändert das etwas an den nötigen kulturellen Zutaten für eine schmackhafte Zukunft? Das darf man bezweifeln: Grundlegende Werte – Toleranz, Fairness und Respekt genauso wie Tausch, Handel, Konsens, Kreativität sowie ein klarer Blick auf das Machbare – sind unverzichtbar; sie müssen aber immer wieder eingefordert und gelebt werden. In der Summe muss jeder Einzelne in diesen unübersichtlichen und gefährlichen Zeiten bereit sein, Verantwortung für die Gemeinschaft zu übernehmen. Das gilt für das individuelle Handeln, aber ebenso

11 Und die gibt es ja mitunter. So ist es durchaus bemerkenswert, dass die Zumutungen, die mit dem vom Krieg in der Ukraine ausgelöstem Versuch, sich unabhängig(er) vom russischen Gas zu machen, in der deutschen Öffentlichkeit weitgehend klaglos akzeptiert worden sind.

gilt es in der gesellschaftlichen Debatte. In der englischen Sprache ist der Link zwischen Verantwortung (*responsibility*) und der Fähigkeit, Antworten bereit zu haben (*to be able to respond*), sinnstiftend verknüpft (vgl. Kaltenbrunner/Jakubowski 2018: 328).

In den ungemütlichen Zeiten des Wandels mag die Forderung nach traditionellen Werten vielleicht hilflos, gar rückwärtsgewandt wirken. Denn die vielerorts alltägliche Rohheit im Umgang und die unheilvolle Tendenz zu einer sogenannten Political Correctness (interpretierbar auch als Versuch, das Offensichtliche aus wichtigen Debatten rauszuhalten) manövriert in eine gefährliche Schieflage. Apodiktische Plattheiten und bedrohliches Gebaren von der einen Seite führen bei der anderen Seite zu Schweigen und Rückzug aus dem Diskurs, und das öffnet plumper Einseitigkeit Tür und Tor. Falsch verstandene Political Correctness vergibt häufig die Chance für neue und tragfähige Entwicklungen. Sie wirkt oft ausschließend und verbaut Wege zur Formulierung gemeinsamer Sorgen und Bedürfnisse, nicht zuletzt in der Migrationsthematik.¹² Das ruft umstandslos die Prinzipien gewaltfreier Kommunikation auf¹³ – mag es auch naiv klingen: Beobachtung schildern (statt gleich zu deuten), eigene Perspektiven mitteilen (statt Beschuldigungen auszusprechen), Bedürfnisse formulieren (statt Strategien vorzuschlagen), Vorschläge entwickeln (statt Forderungen zu stellen) – darum geht es.

Eine gesellschaftliche Kehrtwende unter Anpassungsdruck muss ein verbindendes Narrativ finden bzw. entwickeln, um auch Spaß zu machen – die Richtung, das langfristige Ziel und der Wandel müssen Kräfte freisetzen und motivieren. Eine Gesellschaft wird sich nie allein durch Einsicht in Sachzwänge neu ausrichten – sogenannte Sachzwänge stacheln häufig nur den Widerstand an –, Wandel muss durch Selbstveränderung weiter Teile der Bevölkerung in Schwung kommen. Die neue, ge-

12 Hier ist die Diagnose der Rechtswissenschaftlerin Frauke Rostalski erwähnenswert, die in ihrem Band »Die vulnerable Gesellschaft« andeutet, dass wir mehr und mehr bereit sind, Einschränkungen unserer individuellen Freiheiten hinzunehmen, um einem gesteigerten Sinn für Verletzbarkeit gerecht zu werden (vgl. Rostalski 2024).

13 Es waren die Rassenunruhen in Amerika in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts, die Marshall B. Rosenberg dazu motiviert hatten, unsere Sprache, unsere Denkweisen und unsere Art und Weise, Konflikte auszutragen, zu hinterfragen. Ein schneller Blick auf die Schlagzeilen der Gegenwart reicht aus, um klar zu machen, wie wenig dieses Bemühen an Aktualität eingebüßt hat.

meinsame Richtung spielt dabei eine wichtige Rolle. Neben einer sachlichen Notwendigkeit braucht das Neue »einen gewissen Glanz, eine Faszination, eine Hoffnung auf das Bessere«, wie Horx es formuliert (Horx 2022: 5). Fraglos vorhandenen Entfremdungseffekten muss entgegengewirkt werden. Zudem müssen die ersten Phasen einer solchen Wende für weite Teile der Bevölkerung durch spürbar erfolgreiche Schritte begleitet sein, ansonsten wird man im Status quo verharren.

So hoch der Berg an Aufgaben und Herausforderungen auch gerade sein mag, kollektiver Pessimismus und Weltuntergangsstimmung versperren die Sicht auf wünsch- und gestaltbare Zukünfte. Wird man sich eines Anpassungsdrucks bewusst, erscheint die Zukunft oft deshalb verengt und fad, weil Bekanntes seinen Wert verliert und ersetzt werden muss, ohne dass das Neue aufscheint. Dieses Neue muss gemeinsam als Ziel erarbeiten werden. Hierzu passt eine Idee der evangelischen Akademie Tutzing, über die die Journalistin Petra Pinzler berichtet: Es geht darum, die »Utopien-Muskeln« der Menschen zu trainieren – im Angesicht vermeintlicher Sackgassen konkrete gangbare Wege in Richtung wünschbarer Zukünfte zu finden. Grundlage dafür ist das Konzept »Futures Literacy« der UNESCO, die sich intensiv mit dem Verhältnis von lähmender Zukunftsangst, Engagement der Menschen und Stärkung von Demokratie befasst. Hinter diesem Zukünfte-Alphabetismus verbirgt sich die empirisch abgesicherte Erkenntnis, dass Menschen mit ausgeprägten »Utopie-Muskeln« nicht nur weniger fatalistisch sind, sondern auch offener für Neues (vgl. Pinzler 2024: 8).¹⁴

Natürlich kann man das Konzept bemängeln und seine offenkundige Schwachstelle in den Vordergrund schieben: Menschen, die ihre »Utopie-Muskeln trainieren«, sind in aller Regel gut gebildet und wirtschaftlich eher gut gestellt. Dennoch hat es seine Vorzüge. So hat es sich etwa das Berliner »Futurium« zur obersten Aufgabe gemacht, sich dieser Zukunftsspaltung entgegenzustellen. Hier dreht sich alles um die Frage: Wie wollen wir leben? In der Ausstellung sind viele mögliche Zukünfte zu entdecken, im Forum kann man gemeinsam diskutieren und im Futurium Lab eigene Ideen ausprobieren (<https://www.futurium.de>). Im Jahr 2023 erreichte das Interesse an dem Zukunftsmuseum mit rund 760.000 Besucherinnen und Besuchern einen Rekord – mit

14 Das UNESCO-Konzept der Futures Literacy ist unter <https://www.unesco.org/en/futures-literacy> breit vorgestellt.

anderen Worten: Zukunftsthemen und die Mitgestaltung von Zukünften interessieren die Menschen weit über enge intellektuelle Zirkel hinaus. Das macht optimistisch – optimistisch dergestalt, dass tatsächlich offene Debatten über Zukünfte und viele der heute drängenden Fragen gewünscht und möglich sind.¹⁵

Das bündige Fazit aus Brechts Dreigroschenoper – »erst kommt das Fressen, dann die Moral« – ist damit zwar nicht ausgehebelt. Aber vielleicht trägt es dazu bei, die aktuelle und absehbare demografische Entwicklung als ein Zukunftsthema zu sehen, das nicht in eine Spaltung der Gesellschaft münden muss, sondern – gerade in seinen vielfältigen Facetten – eine gedeihliche Transformation Deutschlands einleiten kann, auch kulturell. In Anbetracht der inhärenten Nicht-Lösbarkeit komplexer Probleme wie der Migrationsfrage besteht eine mögliche Antwort aus Resignation oder Zynismus. Eine andere ist ein Habitus der Beharrlichkeit und des Trotzdem, wie sie Albert Camus in seinem Essay »Der Mythos des Sisyphos« beschrieben hat. Diese Haltung vermag nicht nur prägend und hilfreich für die private Lebensführung zu sein; sie kann auch Antrieb und Kraftquelle für ein Handeln trotz unüberwindlich erscheinender Widrigkeiten sein.

Literatur

- Andritzky, Jochen/Hesse, Nils (2023): »Soziale Marktwirtschaft, aber richtig«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.07.2023. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/soziale-marktwirtschaft-a-ber-richtig-staat-engt-den-spielraum-ein-19039796.html> (Zugriff 07.08.2024).
- Back, Mitja et al. (2022): Von Verteidigern und Entdeckern. Ein neuer Identitätskonflikt in Europa, Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-36808-1>
- Bartholomäi, Reinhart C. (2004): Die Entwicklung des Politikfelds Wohnen. In: Björn Egner et al., Wohnungspolitik in Deutschland. Po-

15 Auch das BBSR erarbeitet mit seiner angewandten Forschung zahlreiche gelungene Beispiele für die künftige Entwicklung von Städten und Regionen, die u. a. unter www.bbr.bund.de aufbereitet sind.

- sitionen – Akteure – Instrumente, Darmstadt: Schader Stiftung, S. 15–34.
- Beckert, Jens (2024): *Verkaufte Zukunft – Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht*, Berlin: Suhrkamp.
- Bielicki, Jan (2024): »Weniger! Mehr!«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 09.02.2024.
- Bude, Heinz (2024): »Der Kampf um die Zukunft«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 13.06.2024. <https://www.sueddeutsche.de/kultur/heinz-bude-europawahl-zugehoerigkeit-lux.AqR7bufm7mGrqvXo52KGzU?reduced=true> (Zugriff 17.01.2025).
- Connelly, Matthew (2008): *Fatal Missconception. The Struggle to Control World Population*, Cambridge: Harvard University Press.
- de Haas, Hein (2023): *Migration. 22 populäre Mythen und was wirklich hinter ihnen steckt*, Frankfurt a. M.: S. Fischer.
- Heinelt, Hubert/Egner, Björn (2006): »Wohnungspolitik – von der Wohnraumzwangsbewirtschaftung zur Wohnungsmarktpolitik«, in: Manfred G. Schmidt/Reimut Zohlnhöfer (Hg.), *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen- und Außenpolitik seit 1949*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 203220.
- Herrmann, Ulrike (2024): »Jenseits jeglicher Realität«, in: *Die Tageszeitung* vom 09.09.2024. <https://taz.de/Wahlen-in-Sachsen-und-Thuringen!/6032448/> (Zugriff 03.12.2024).
- Horx, Matthias (2022): »Zeitenwende(n) aus Sicht der Zukunftsfor-schung«, in: *Informationen zur Raumentwicklung (IzR)* 4/2022, S. 4–9.
- Jakubowski, Peter (2020): »Resilienz – brauchen wir nach dem Corona-Schock neue Leitbilder für die Stadtentwicklung?«, in: *Informationen zur Raumentwicklung (IzR)* 4/2020, S. 16–29.
- Kaltenbrunner, Robert/Jakubowski, Peter (2018): *Die Stadt der Zukunft – Wie wir leben wollen*, Berlin: Aufbau.
- Kaube, Jürgen (2024): »Umvolkung von oben?«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18.01.2024. <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-afd-und-die-irrweg-der-migrationsdebatte-umvolkung-von-oben-19457947.html> (Zugriff 17.01.2025).
- Kühn, Boris/Ziegler, Franziska (2024): »Weiter am Limit? Zur Lage der Kommunen bei der Aufnahme Geflüchteter«, in: *Mediendienst Integration*. https://mediendienstintegration.de/fileadmin/Dateien/Expertise_Kuehn_Ziegler_Umfrage_Kommunen_Mai_2024.pdf (Zugriff 03.12.2024).

- Kurz, Peter (2024): Gute Politik. Was wir dafür brauchen. Frankfurt a. M.: S. Fischer.
- Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westhäuser, Linus (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin: Suhrkamp.
- Nassehi, Armin (2024): Kritik der großen Geste. Anders über gesellschaftliche Transformation nachdenken, München: C. H. Beck.
- Pinzler, Petra (2024): »Da geht noch was!«, in: DIE ZEIT vom 05.09.2024, S. 8.
- Plumpe, Werner (2023): »Warten auf ein Wunder«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.08.2023. <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/wirtschaftskrise-in-deutschland-warten-auf-ein-wunder-19112106.html> (Zugriff 17.01.2025).
- Rostalski, Frauke (2024): Die vulnerable Gesellschaft – Die neue Verletzlichkeit als Herausforderung der Freiheit, München: C. H. Beck.
- Schäfers, Bernhard (2002): Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland, Stuttgart: UTB.
- Staab, Philipp (2022): Anpassung – Leitmotiv der nächsten Gesellschaft, Berlin: Suhrkamp.
- Trentmann, Frank (2024): »Es geht den Deutschen viel besser als gefühlt«, in: FAZ-online vom 26.02.2024. <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/demos-gegen-afd-warum-es-den-deutschen-viel-besser-als-gefuehlt-19544758.html> (Zugriff 28.02.2024).
- ZEIT ONLINE (2023): »Wirtschaftsweise Schnitzer fordert 1,5 Millionen Zuwanderer im Jahr«. <https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-07/fachkraeftemangel-hesetz-wirtschaftsweise-zuwanderung-willkommenskultur> (Zugriff 03.12.2024).